

Es reicht, wir wehren uns!



Programm der Sozialistischen
Alternative – SAV Bremerhaven

Inhalt

SAV - wer wir sind, was wir wollen	Seite 3
Wie wir uns finanzieren	Seite 4
Stoppt die Sozialkürzungen	Seite 5
Erhalt aller Wertarbeitsplätze	Seite 6
Arbeitsplätze schaffen statt Unternehmer beschenken	Seite 8
Keinen Ausverkauf von GEWOBA und STÄWOG	Seite 9
Öffentlicher Dienst: Nein zu Privatisierung und Stellenabbau	Seite 10
Ausbildung und Bildung für alle	Seite 12
Jugend und Freizeit	Seite 13
Gleiche Rechte für Frauen	Seite 14
Gegen Nazis und Rassismus	Seite 15
Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs	Seite 16
Geld ist genug da, nur in den falschen Händen	Seite 17
Gegenwehr muß in den Kommunen beginnen	Seite 18
Was wir unter Sozialismus verstehen	Seite 20
Politiker zocken ab	Seite 22
Unser Verhältnis zu anderen Parteien	Seite 22

Impressum

ViSdP: Michael Müller
c/o Wählervereinigung Sozialistische Alternative – SAV
Zeppelinstr. 3
27568 Bremerhaven
Tel. (04 71) 41 75 48, Fax (04 71) 41 75 47

Bankverbindung:
Konto-Nr. 1400832
Städtische Sparkasse Bremerhaven
Bankleitzahl 292 500 00

Druck:
Eigendruck im Selbstverlag
1. Auflage: Sommer 1995

Nachbestellungen des Programms an obige Adresse (gegen Vorkasse). Einzel-exemplare zuzüglich 1,50 DM Porto, ab 10 Exemplare 30 Prozent Rabatt.

Die SAV - wer wir sind, was wir wollen

In der SAV Bremerhaven haben sich Arbeiter, Arbeitslose, Angestellte, Schüler, Rentner, Hausfrauen und Studenten zusammengeschlossen, um gegen die unsoziale Kürzungspolitik und die Umverteilung zugunsten der Reichen zu kämpfen. Mitglieder der SAV sind schon lange in dieser Stadt aktiv. Doch mit den Mächtigkeiten der Politiker haben wir nichts zu tun.

Jahrelang haben SAV-Mitglieder in der **SPD** und ihrer Jugendorganisation, den **Jungsozialisten**, gegen die Abkehr der SPD von Arbeitnehmerpolitik und gegen die Anpassung an die CDU gekämpft. Bei der ersten Kürzungsrunde 1985 haben die Bremerhavener Jungsozialisten gewarnt, daß damit die SPD die Schmutzarbeit für die Kohl-Regierung macht. Heute ist die Politik der Partei kaum noch von der CDU zu unterscheiden, viele Basismitglieder haben die SPD enttäuscht verlassen - nahezu die Hälfte der gesamten Mitgliedschaft.

Im Januar 1995 hat die SAV zur Gründung der **Mieterinitiative Bremerhaven** aufgerufen. Wir haben zusammen mit vielen hundert Mietern gekämpft. Letztlich war unser Druck auf die Politiker so groß, daß die STÄWOG vorerst nicht verkauft wird.

SAV-Mitglieder haben in Bremerhaven die Initiative zur Gründung von **Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)** ergriffen und viele Jugendliche gegen Nazis und Rassismus organisiert. Die Nazis werden nicht durch Sonntagsreden von Politikern verschwinden, die selber Ausländer zu Sündenböcken machen, wenn es ihnen in ihr Konzept paßt.

Die SAV hat außerdem Kampagnen für 900 echte Kindergarten-Plätze und gegen höhere Fahrpreise bei der VGB organisiert.

Mit dieser Broschüre wollen wir unser Programm und unsere politischen Ideen vorstellen. Doch dies ist kein Wahlprogramm voller Versprechungen. Für diese Forderungen wollen wir kämpfen - zusammen mit allen Betroffenen.

Es wird sich nichts bewegen, wenn wir es nicht selbst bewegen. Nur wenn wir uns organisieren und gemeinsam handeln - Mieter, Arbeitnehmer, Arbeitslose, alt und jung, Deutsche und Ausländer, Frauen und Männer werden wir uns gegen "die da oben" zur Wehr setzen können.

Wir kandidieren zur Stadtverordnetenversammlung. Aber nicht, um gutbezahlte Posten zu bekommen. Wir wollen die Proteste gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit ins Stadtparlament hineinbringen, damit Gewerkschafter, Frauen, Mieter und Jugendliche in dieser Stadt gehört werden. Wir wollen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg Politik machen, sondern mit unserer Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung dazu beitragen, daß sich Mieter, Arbeitnehmer, Arbeitslose und Jugendliche organisieren, um für ein besseres Leben zu kämpfen.

Wie wir uns finanzieren

Im Gegensatz zu CDU, FDP, AfB oder SPD haben wir keine Sparkassen-Direktoren, Senatoren, Verwaltungschefs und Unternehmer in unseren Reihen. Auch Immobilien-Spekulanten wie den DVU-Chef Dr. Frey können wir nicht aufbieten. Unsere Mitglieder sind Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Rentner, Auszubildende, Schüler und Studenten – und wir sind stolz darauf. Wir sind daher auf die Spenden der "kleinen Leute" angewiesen, die mit uns gemeinsam kämpfen. Unsere "Funktionäre" bekommen nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn und machen keinen Genua-Trip auf Staatskosten. Wir finanzieren uns nur über Mitgliedsbeiträge und kleine Spenden. Wir brauchen jederzeit Geld, um Flugblätter, Plakate, unser Büro und unsere Aktionen zu finanzieren. Unterstützen Sie uns!

Konto: Wählervereinigung Sozialistische Alternative – SAV, Stadtparkasse Bremerhaven, Konto-Nr. 1400932, BLZ 292 500 00

Stoppt die Sozialkürzungen

Während die Profite der Unternehmen im letzten Jahr um 150 Prozent gestiegen sind und Unternehmenssteuern gesenkt wurden, spart die Kohl-Regierung bei den Ärmsten. Arbeitslosengeld- und hilfe wurden und werden weiter zusammengestrichen, die Dauer des Arbeitslosenhilfe-Bezuges wird verkürzt. Immer mehr Menschen rutschen in die Sozialhilfe ab. Auch dort, am Existenzminimum, wird weiter gespart.

Die sozialen Einschnitte werden über die Städte und Gemeinden weitergegeben. Soziale Dienstleistungen werden abgeschafft, Sport- und Freizeitsstätten weniger bezuschußt. So werden die letzten Möglichkeiten zerstört, auch ohne viel Geld am öffentlichen Leben teilzunehmen.

Offiziell sind über 18 Prozent der Erwerbsbevölkerung in Bremerhaven arbeitslos. 17.000 Menschen sind auf Sozialhilfe angewiesen. SPD und CDU behaupten, daß Stadt- und Landes-Finzen saniert werden können, wenn bis 1999 der Gürtel enger geschnallt wird. Doch schon 1985 hieß es: Jetzt sparen, damit es in wenigen Jahren wieder aufwärtsgeht. Seitdem dreht sich allerdings nur die Spirale des Sozialabbaus immer weiter.

Wir können den Gürtel nicht mehr enger schnallen! Die SAV kämpft gegen jede Verschlechterung auf Kosten von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Rentnern und Jugendlichen.

Wir fordern:

- Keine Kürzungen bei Bildung, sozialen und kulturellen Einrichtungen, Sport und Senioren-Tagesstätten
- Zieht den Sozialhilfe-Empfängern nicht das letzte Hemd aus: Rücknahme der Kleidergeld-Kürzung für Sozialhilfeempfänger
- Keine Umsetzung der in Bonn oder Bremen beschlossenen Sozialhilfe-Kürzungen in Bremerhaven
- Erhalt aller Schwimmbäder für die Öffentlichkeit
- Für eine soziale Mindestsicherung von 2000 DM monatlich

Erhalt aller Werftarbeitsplätze!

Seit Mitte der Siebziger Jahre wurden die Werftarbeitsplätze in Bremerhaven von knapp 10.000 auf 2500 abgebaut. Und auch die Lloyd- und die Schichau-Seebeck-Werft sind bedroht. Im Gespräch ist die bundesweite Neustrukturierung des Schiffbaus unter dem Dach einer Deutschen Werften AG. Dabei sollen nur die hochproduktiven Schiffbauabriken erhalten bleiben. Werften, die nicht schnellstens auf dieses Niveau kommen, sind akut gefährdet.

Die Banken haben die Regie übernommen. Ob sie ihr Geld mit Kühlschränken, Stahl oder Schiffbau machen, ist ihnen gleich – Hauptsache, die Profite stimmen. Der Bremer Senat hält sich vornehm zurück, denn er habe "weder Eigentums- noch Mitspracherechte."

Genau das ist das Problem. Die Werften wurden mit Milliarden Steuergeldern subventioniert. Eigentlich gehören sie uns schon. Aber das Sagen haben nicht wir, sondern die Banken. Mit Hilfe der Kreditvergabe diktieren sie die Firmenpolitik. Eingesetzte Manager und Aufsichtsräte, die niemand demokratisch gewählt hat, entscheiden über die Zukunft der Region. Demokratie endet vor dem Werkstor. Welche Strategie Banken und Aufsichtsräte fahren, darüber liegt ein Nebelschleier. Das Werften-Konzept wird seit nahezu zwei Jahren erstellt, angekündigt, ange-mahnt, wiederum in Aussicht gestellt usw. ... Ein Gutachten zum Strukturkonzept liegt seit März 1995 in den Senatsschubladen. Die noch von Klaus Wedemeier im April versprochene Veröffentlichung läßt seitdem auf sich warten. Man will die Werftarbeiter erst durch Gerüchte müde machen und dann vor vollendete Tatsachen stellen. Damit sollen Widerstandsgeist gebrochen und Kämpfe verhindert werden. Diese Geheimniskrämerei muß endlich aufhören. Notfalls muß auch mit Kampfmaßnahmen durchgesetzt werden, daß alle Schubladen bei Verwaltung, Konzernführung und Banken geöffnet werden!

Werftbelegschaften und Standorte sollen gegeneinander ausgespielt werden, besonders Ost gegen West. Auch im Osten wurden die Werftarbeitsplätze massiv abgeschlachtet: von 55.000 (1990) auf 7500. Die Belegschaften sitzen alle im selben Boot und müssen sich gemeinsam wehren. Die Erfahrung hat gezeigt: Wenn die Kollegen bei Lloyd oder Schichau-Seebeck, in Bremerhaven oder Wismar denken, sie könnten ihre Arbeitsplätze auf Kosten der anderen Kollegen retten, dann gehen wir gemeinsam unter.

Für die an den Werften beteiligten Banken und Großkonzerne zählen nicht die Bedürfnisse, sondern nur der Profit. Dabei wird nicht gefragt, welchen gesellschaftlichen Bedarf es gibt, wie qualifiziert die Beschäftigten sind. Aber die Schiffsbesatzungen und die Umwelt brauchen moderne, sichere Schiffe und maritime Umwelttechnologie. Es gäbe genug sinnvolle Arbeit, um alle Werftarbeitsplätze an allen Standorten zu erhalten.

Ein gesamtdeutscher Werftenverband wäre eine sinnvolle Sache, damit das Gegeneinander aufhört und eine Planung für den ganzen Industriezweig möglich wird. Aber dies darf weder eine Deutsche Werften AG noch ein internationaler Konzern im Eigentum von Aktionären und unter der Regie der Banken werden. Vielmehr müßten die Werften in direktes öffentliches Eigentum überführt werden, bei Kontrolle und Planung durch demokratisch gewählte Vertreter der Beschäftigten, der Gewerkschaften und des Staates.

Wir fordern:

- **Erhalt aller Werftarbeitsplätze**
- **Mehr Ausbildungsplätze, unbefristete Übernahme aller Azubis**
- **Sofortige Offenlegung aller Geschäftsbücher, Gutachten, Pläne und Besitzverhältnisse**
- **Statt Subventionsgeschenken ohne Arbeitsplatzgarantien: Übernahme der Werften in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle von gewählten Vertretern der Beschäftigten, der IG Metall und des Landes Bremen**
- **Schluß mit der Diktatur der Banken: Überführung in Gemeineigentum und demokratische Kontrolle**
- **Saubere und sichere Meere durch Schiffsneubau und -modernisierung**
- **Verstaatlichung des Schiffbaus und der Seeschifffahrt und bundesweite demokratische Planung dieser Industriezweige**
- **Statt Überstunden für die einen und Arbeitslosigkeit für die anderen: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf den Werften und in der Industrie**
- **Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen: Gemeinsame Gegenwehr der Werftbeschäftigten in West und Ost gegen Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen**
- **Eine bundesweite und internationale Werft- und Schifffahrtskonferenz von IG Metall, Betriebsräten, Vertrauensleuten und aktiven Gewerkschaftern aller Standorte**

Arbeitsplätze schaffen statt Unternehmer beschenken

CDU und SPD äußern sich nicht konkret zur Zukunft der Werften. Sie versuchen, den Menschen die Angst vor der drohenden Schließung zu nehmen, indem sie Ersatzarbeitsplätze versprechen. Das angebliche Zaubermittel: Tourismus. Mit dieser Begründung will die Stadt die Pläne des Ozean-Park-Architekten Chermayeff und der Bremer Investoren mit mehreren hundert Millionen DM subventionieren. Garantien für den Erfolg des Ozean-Parks gibt es nicht. Die Erfahrung ähnlicher Ersatzarbeitsplatz-Versprechen zeigt, daß es meistens beim Versprechen bleibt. Wenn die Industrie stirbt, stirbt die Stadt. Dies kann durch keine Touristen-Ströme ausgeglichen werden, zumal viele andere Städte auch um Touristen werben.

Selbst wenn sich der Tourismus weiterentwickelt: Was sind das für Jobs? Sollen Werftarbeiter zu Eis- und Popcornverkäufern umschulen? Mit saisonbedingter Teilzeit-Arbeit?

Wir lehnen Subventions-Geschenke an Privatunternehmer ab. Öffentliche Investitionen müssen öffentlich kontrolliert werden. Schon jetzt weist beim Ozean-Park-Projekt vieles darauf hin, daß es den Bremer Kaufleuten in erster Linie um den Bau hoch subventionierter Luxusapartments geht. Das Aquarium dient nur als Staffage. Wir brauchen sichere und qualifizierte Arbeitsplätze in Bremerhaven. Sämtliche noch vorhandenen Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben! Neue müssen in Bereichen geschaffen werden, in denen Bedarf besteht. Statt Träumen vom Ozean-Park sollten öffentliche Gelder zur Finanzierung voller Arbeitsplätze im sozialen Bereich fließen. Neue Stellen müssen bei Kindergärten, in Schulen, im öffentlichen Nahverkehr und in der Stadtsanierung geschaffen werden.

Wir fordern:

- Finanzierung von Arbeitsplätzen statt nutzloser Millionengeschenke an Unternehmer
- Qualifizierte Arbeitsplätze schaffen durch Stadtsanierung, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, bessere Bildung und soziale Sicherung

Keinen Ausverkauf von GEWOBA und STÄWOG

Der geplante Verkauf der STÄWOG wurde durch die Gegenwehr der Mieter vorerst verhindert. Doch nach den Wahlen werden STÄWOG und GEWOBA zusammengeführt und in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. 49,9 Prozent dieser Gesellschaft sollen an Private verkauft werden.

Angeblich ändert sich für die Mieter nichts. Das ist gelogen. Die Politiker bieten die Aktien uns Mietern an. Doch wieviele Aktien kann sich eine Durchschnittsfamilie leisten? Jeder einzelne Haushalt müßte 10.000 DM aufbringen, damit die Anteile von den Mietern gekauft werden können. Wer soll das bezahlen?

Den Löwenanteil werden Immobilienspekulanten und Banken in die Hände bekommen. Die Großaktionäre werden keine absolute Mehrheit brauchen, um ihre Profitinteressen durchzusetzen. Denn die restlichen 50,1 Prozent kontrolliert der Bremer Senat, der Politik für die Unternehmer macht.

Mit dem Verkauf wird das Bremerhavener Mieten-Niveau durch private Vermieter in die Höhe getrieben werden, was bisher wegen des großen Anteils städtischer und landbremischer Wohnungen so nicht möglich war. Der STÄWOG-Kaufinteressent Ehlerding, Immobilien-Großeigentümer aus Mönchengladbach, macht das deutlich: Er sieht "viel Potential" zur Mieterhöhung in Bremerhaven und Bremen. Der Verkauf von GEWOBA und STÄWOG ist nicht nur ein Problem für deren Mieter. Alle Mieter in Bremerhaven wären davon betroffen!

Mit der Sanierung der öffentlichen Finanzen hat die Privatisierung nichts zu tun: Die Gewinne aus dem Verkauf werden bald von höheren Wohngeld- und Sozialhilfe-Ausgaben aufgeessen. Aber es hat sehr viel damit zu tun, unser öffentliches Eigentum an reiche Unternehmer zu verschleudern.

Auf einmal sollen die Mieter keine Angst vor dem Verkauf haben. Im Bürgerchaftswahlkampf im Mai 95 klang das noch ganz anders. Die SPD schrieb über die CDU: "Erst verschleudern sie die STÄWOG, anschließend die GEWOBA - so lautet der zynische Plan der CDU in Bremerhaven und Bremen. Dabei werden die Interessen der Mieter gnadenlos geopfert."

Auch wenn der GEWOBA-Verkauf gestoppt würde, ist nicht alles rosig auf dem Bremerhavener Wohnungsmarkt. Zwar fehlen nicht so viele Wohnungen wie in anderen Städten, doch bei privaten Vermietern und bei den GEWOBA-Wohnungen, die nicht sozialgebunden sind, sind die Preise zu hoch, auch hier zahlen viele Menschen 30-40 Prozent ihres Netto-Einkommens für die Miete. Auch hier machen Makler mit wenig Arbeit viel Geld. Sie bereichern sich an unseren Problemen, eine geeignete Wohnung zu finden. Die SAV kämpft für eine kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung und eine gesetzliche Begrenzung der Mieten.

Um eine effektivere und mieterfreundliche Verwaltung der Wohnungsgesellschaften zu gewährleisten, müssen gewählte Vertreter der Mieter Mitsprache erhalten.

Wir fordern:

- **Keinen Verkauf von STÄWOG und GEWOBA, keine Umwandlung in Aktiengesellschaften**
- **Sofortiger Mietpreisstop, keine weiteren Mieterhöhungen**
- **Bezahlbare und gute Wohnungen für alle: Gesetzliche Begrenzung der Warmmiete auf 7 DM/Quadratmeter**
- **Kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung, Verbot der Maklertätigkeit**
- **Demokratische Rechte für die Mieter: Einführung von Mietervertretungen bei STÄWOG und GEWOBA**

Öffentlicher Dienst: NEIN zu Privatisierung und Stellenabbau

Die Große Koalition will jährlich 500 Stellen im öffentlichen Dienst abbauen. Die Privatisierung soll weitergehen, angeblich, um die Verwaltung "effizienter" zu machen. Doch bei der Privatisierung öffentlichen Eigentums geht es nicht um die Bedürfnisse der Bürger, sondern um profitable Rosinenpickerei von Unternehmern. Öffentliche Infrastruktur – Verwaltung, Reinigung, Gesundheitswesen, Schulen – kann nicht insgesamt "profitabel" sein, denn diese öffentlichen Dienste sind Vorbedingung dafür, daß der Rest der Wirtschaft funktioniert.

Deswegen picken sich die Privaten die profitversprechenden Bereiche raus, der Rest bleibt in öffentlicher Hand.

Privatisierung hat nichts mit der Verringerung der "aufgeblähten Bürokratie" zu tun. Der Stellenabbau findet nicht am bürokratischen Wasserkopf der Verwaltung statt. Den unteren Lohngruppen, bei denen schon in den letzten Jahren der Arbeitsdruck gestiegen ist, geht es an den Kragen. Entgegen den von den Politikern geförderten Vorurteilen vom "faulen Staatsdiener" arbeitet die Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst für 17 Prozent weniger Geld als in der Privatwirtschaft, dafür aber länger.

Die Reinigung öffentlicher Gebäude ist ein beliebtes Objekt für Private. Reinigungskräfte müssen bei privaten Reinigungsfirmen 200 m² statt wie vorher 80 m² pro Stunde putzen. Auf der Strecke bleibt die Gesundheit der Kolleginnen. Die Privatisierung führt zu einem Absinken des Einkommens und der sozialen Sicherheit sowie zu verstärkter Arbeitshetze für die Beschäftigten. Auch die Bürger sind die Leidtragenden: "Bürgernähe" wird es nur noch dort geben, wo damit Geld verdient werden kann. An vielen Schaltern werden die Schlangen länger und die

Beschäftigten genervter.

Wir lehnen daher jegliche Schritte Richtung Privatisierung ab. Die sogenannte Budgetierung (Kostenrechnung für einzelne Ämter) dient zur Vorbereitung beziehungsweise zum Austesten von Privatisierungsschritten.

Die ÖTV und die Personalräte dürfen den öffentlichen Arbeitgebern nicht dabei helfen, Bereiche "fit für den Wettbewerb" zu machen und Kosten zu senken, in der Hoffnung, so die Privatisierung zu verhindern. Das dient immer zur Vorbereitung für eine später folgende Privatisierung und bedeutet sofort erhöhten Arbeitsdruck für die Kollegen. Stattdessen sollte die ÖTV alle Privatisierungsvorhaben ablehnen, für den Erhalt sämtlicher Arbeitsplätze und die Schaffung neuer kämpfen. Die SAV unterstützt jede Gegenwehr der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen Privatisierung, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Stellenabbau.

Wir fordern:

- **Erhalt aller Arbeitsplätze: Bremerhaven darf den vom Senat beschlossenen Stellenabbau nicht umsetzen**
- **Keine Privatisierung oder Budgetierung von öffentlichen Betrieben und Ämtern**
- **Schaffung neuer Ausbildungsplätze, unbefristete Übernahme aller Auszubildenden**
- **Verteilung der vorhandenen Arbeit: Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst Bremerhavens, bei vollem Lohn- und Personalausgleich**

Ausbildung und Bildung für alle

Die Situation an den Schulen wird immer unerträglicher. Nie ist Geld da. Die Politiker sparen auf Kosten unserer Zukunft. Die Lehrbücher sind teilweise 20 bis 30 Jahre alt; die meisten Lehrer wurden eingestellt, als die Bücher geschrieben wurden. Jetzt liegt das Durchschnittsalter der Kollegen bei fast 50 Jahren. Gegen Lehrermangel kennen unsere Politiker zwei Lösungen: 1. Die Klassen vergrößern und 2. die vorhandenen Lehrer länger arbeiten lassen. In Niedersachsen wurde die Arbeitszeit für Lehrer erhöht, es wird darüber diskutiert, das Pensionsalter anzuheben. Klassen mit mehr als 30 Schülern sind inzwischen keine Seltenheit mehr, obwohl bekannt ist, daß die Hälfte gerade richtig wäre.

Das heißt nicht, daß die Anforderungen an die Schüler gesenkt würden. Schon jetzt bleiben 10 Prozent der Bremerhavener Schüler ohne Abschluß. Das ist bundesweiter Rekord! Viele müssen Nachhilfe nehmen, um mithalten zu können, falls sich die Familie das überhaupt leisten kann.

Nach der Schule setzt sich die Misere fort. In Bremerhaven fehlen 400 Ausbildungsplätze. In Westdeutschland ist seit 1992 fast jeder dritte Ausbildungsplatz gestrichen worden. Wir müssen froh sein, überhaupt eine Lehrstelle zu finden. Die Berufswahl entsprechend den eigenen Fähigkeiten und Neigungen bleibt da ein schöner Traum.

Am Ende der Ausbildung beginnt das Zittern erneut, ob wir übernommen werden. Schöne Aussichten - in Bremerhaven kommen durchschnittlich 40,4 arbeitssuchende Angestellte und 60,5 arbeitssuchende Arbeiter auf eine freie Stelle.

Auch für Jugendliche, die das Abitur geschafft haben, sieht es nicht viel besser aus. Viele Vorlesungen sind hoffnungslos überfüllt, die Studiengebühren steigen ständig. Die Bafög-Erhöhen dagegen bleiben unter der Inflationsrate. Den Bafög-Höchstsatz, der unter dem Existenzminimum bleibt, bekommen nur fünf Prozent der Studierenden. Die meisten Studenten müssen viele Stunden arbeiten gehen. Die Studienzeit soll begrenzt werden, aber wer schafft schon die Regelstudienzeit, wenn man nebenbei arbeiten muß? Wer keine reichen Eltern hat, hat bald kaum noch eine Chance.

Wir brauchen Arbeit und Ausbildung für alle. Wir dürfen nicht zulassen, daß Studenten gegen Azubis, Gymnasiasten gegen Hauptschüler, Jugendliche mit Ausbildungsstelle gegen solche ohne Ausbildungsplatz ausgespielt werden.

Nur gemeinsam sind wir stark!

Wir fordern:

- Keine Kürzungen im Bildungsbereich
- Sofortige Neueinstellung von mindestens 400 jungen Lehrerinnen und Lehrern
- Keine Klasse mit mehr als 15 Schülern

- Wiedereinführung des Schüler-Bafög
- Mehr Mittel für die Renovierung der Schulgebäude
- Ausweitung von schulischer Hausaufgaben-Hilfe und Projekten
- Gleiche Chancen für alle Jugendlichen, egal was der Geldbeutel der Eltern hergibt
- Ausbildungsplätze für alle im Öffentlichen Dienst und in der Industrie, unbefristete Übernahme aller Azubis im erlernten Beruf
- Ausbildung raus aus Unternehmerhand; Finanzierung durch Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen
- Gegenwehr gegen die reaktionäre Bildungswende: Mobilisierung gegen die bundesweit geplante Verschärfung des Abiturs und der Studienbedingungen

Jugend und Freizeit

Freizeitheime sind dünn gesät in Bremerhaven. Als vor einigen Jahren die "Schleuse" im Columbus-Center geschlossen wurde, versprachen die Politiker schnellen Ersatz. Von dieser Zusage haben sie sich klammheimlich verabschiedet. Auch hier: Wortbruch! Jugendliche in der Stadtmitte sitzen buchstäblich auf der Straße. Die vorhandenen Freizeitheime können unter dem Druck der Sparpolitik immer weniger anbieten.

Auch bei Schwimmbädern, Sportstätten oder Stadtteilbibliotheken wird gekürzt. Alternativen sind nur noch "Abhängen" oder kommerzielle Freizeitangebote wie Discos oder Kneipen. Doch viele Jugendliche können sich das nicht oft leisten, werden so ausgegrenzt und frustriert. Die SAV will mit allen Jugendlichen für bessere Freizeitmöglichkeiten kämpfen. Nur gemeinsam können wir dafür sorgen, daß die Stadt wieder bewohnbarer für uns wird!

Wir fordern:

- Ein Freizeitheim für die Stadtmitte
- Keine Kürzungen bei den Freizeitheimen
- Ausbau der Freizeitheime und ihrer Angebote nach den Vorstellungen der Jugendlichen, Mitverwaltung durch die Jugendlichen

Gleiche Rechte für Frauen

§218, Massenarbeitslosigkeit von Frauen, Kindergartennotstand, Sozialhilfekürzungen, Gewalt gegen Frauen, Zukunftsangst – das ist Frauenalltag. Es ist Zeit, sich zu wehren!

Frauen sind im drittreichsten Land der Welt weit davon entfernt, den Männern gleichgestellt zu sein. Sie verdienen durchschnittlich 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. 48 Prozent der Frauen, die 40 Stunden oder mehr pro Woche arbeiten, verdienen weniger als 1800 DM monatlich. Ein Drittel der Frauen arbeitet Teilzeit, 90 Prozent der Teilzeitarbeit wird von Frauen verrichtet. Viele arbeiten als geringfügig Beschäftigte in ungeschützten Arbeitsverhältnissen ohne soziale Absicherung - insbesondere in Bremerhaven. Die erkämpften Fortschritte in Richtung Gleichberechtigung sind gefährdet. Allein die beharrliche Weigerung, eine flächendeckende Versorgung mit Kindergartenplätzen zu erreichen, zwingt uns Frauen, zuhause zu bleiben und schließt uns vom gesellschaftlichen Leben aus. Wir Alleinerziehende werden von Sozialhilfe abhängig gemacht und konsequent an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Ab 1996 will die Bundesregierung den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für 3-6jährige einführen. Die dafür notwendigen Mittel werden allerdings nicht von der Bundesregierung bereitgestellt. Sie hat die Verantwortung auf die Kommunen und Länder abgeschoben. Deshalb wird die Umsetzung dieses "Rechtsanspruches" folgendermaßen aussehen:

- Um Personalkosten zu sparen, werden keine neuen Erzieherinnen eingestellt
- Immer mehr Kinder werden in schon überfüllte Gruppen gesteckt
- Gruppenzeiten werden verkürzt, um eine weitere Gruppe am Nachmittag anbieten zu können
- die Hortplätze werden zusammengestrichen, um die ErzieherInnen im Kindergartenbereich einsetzen zu können

Wehren wir uns gegen diesen schlechten Witz! Die SAV kämpft für die notwendigen Mittel für eine volle Versorgung mit echten Kita-Plätzen!

Wir fordern:

- **Einen echten Kindergarten-Platz für jedes Kind**
- **Zwei Erzieherinnen pro Gruppe mit 15 Kindern**
- **Ausbau von Hort- und Krippenplätzen**
- **Für den Erhalt der Ladenschlußzeiten: Keine Flexibilisierung auf dem Rücken arbeitender Frauen**
- **Beseitigung der unteren Lohngruppen im öffentlichen Dienst**
- **Nacht-Taxis zum VGB-Tarif**

Gegen Nazis und Rassismus

Aus der Krise der Stadt versuchen die Faschisten von DVU und NPD ihr politisches Kapital zu schlagen. Sie lenken bewußt von den Ursachen der sozialen Misere ab, machen die Ausländer zu Sündenböcken. Ihr Chef Dr. Frey ist ein berüchtigter Mietwucherer. In Bremerhaven krakeelt die DVU verlogen "Kein Ausverkauf der STÄWOG".

Die DVU und die anderen faschistischen Gruppen bieten keine Lösung für Arbeitslose und Arbeitnehmer. Sie versuchen, uns in Deutsche und Ausländer zu spalten und so die Gegenwehr gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit zu schwächen. Die DVUler präsentieren sich als Saubermänner. Doch sie haben sich noch dreister aus Steuermitteln bedient als die anderen Parteien. Von ihren Fraktionsgeldern in der Bremer Bürgerschaft kauften sich die Abgeordneten Haushaltsgeräte. Auch durch staatliche Maßnahmen werden Ausländer diskriminiert. Rund 10.000 Bremerhavener Bürger, die hier zum Teil schon seit 15 oder 20 Jahren wohnen, dürfen nicht wählen. Flüchtlinge bekommen nach den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung weniger Sozialhilfe, ihre medizinische Betreuung ist eingeschränkt.

Auch Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten müssen mit ihrer Abschiebung rechnen. So wurde 1993 der Zairi Katshiabala Tshindaye abgeschoben, obwohl in seinem Heimatland eine brutale Diktatur herrscht und immer wieder Oppositionelle ermordet werden. Bis heute gibt es keine Nachricht von ihm.

Dieser staatliche Rassismus hat nur einen Sinn: Deutsche und Nicht-Deutsche gegeneinander aufzuhetzen, abzulenken von der Politik der Regierenden. Denn wenn sich die "kleinen Leute" gegenseitig beschimpfen und bekämpfen, sitzen die oben sicher im Sattel.

Die Antwort auf rassistische Nazi-Hetze und verlogenen Politiker-Sprüche ist der gemeinsame Kampf von deutschen und ausländischen Mietern, Arbeitnehmern und Arbeitslosen und Jugendlichen für Arbeit, Wohnungen und Wahlrecht für alle! Die SAV ist aktiv gegen alte und neue Nazis und bekämpft jegliche Spielart des Rassismus.

Wir fordern:

- **Keine Vermietung öffentlicher Räume an faschistische Organisationen**
- **Schließung des DVU-Büros in Surheide**
- **Keine Abschiebungen von Flüchtlingen**
- **Volle Sozialhilfe in bar für alle Flüchtlinge**
- **Wahlrecht für Ausländer**
- **Volle rechtliche und soziale Gleichstellung, Abschaffung der speziellen Ausländergesetze**

Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs

Nahverkehr in Bremerhaven: Tarife wie in Hamburg und Berlin, Taktzeiten wie in Buxtehude. In den letzten Jahren ist die VGB teurer geworden und hat ihr Angebot eingeschränkt. Nach 21 Uhr wird die Heimfahrt zur Weltreise.

Die Verschlechterung des öffentlichen Verkehrs zwingt uns dazu, weiter Auto zu fahren. Die Autofahrer werden dann als die Schuldigen für die zunehmende Umweltbelastung hingestellt. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wir brauchen einen besseres öffentliches Verkehrssystem, um eine Alternative zum Auto zu schaffen. Der Autoverkehr zerstört Umwelt und Gesundheit und ist für die Gesellschaft teurer: Straßenbau- und unterhaltung, enorme Kosten im Gesundheitswesen durch Unfälle, Verkehrspolizei, die Umweltschäden, die beseitigt werden müssen. All das bezahlen wir mit unseren Steuergeldern und Sozialversicherungsbeiträgen, während Auto- und Mineralölkonzerne ihre Profite einstreichen können und deren "Verkehrsexperten" davon reden, die Bundesbahn und städtische Verkehrsunternehmen wären zu teuer. In Bremerhaven muß die Entwicklung umgekehrt werden: Statt Einschränkung des Busverkehrs brauchen wir Verbesserungen. Der Nulltarif ist billiger als die gesellschaftlichen Folgekosten des Autoverkehrs.

Wir fordern:

- Rücknahme der Verschlechterungen der letzten Jahre
- Bessere Taktzeiten: 10 Minuten auf den Hauptstrecken
- Frauen-Nachttaxis zum VGB-Tarif
- Keine Fahrpreiserhöhungen, Herabsetzung der Fahrpreise bis hin zum Nulltarif
- Zukunftsinvestition in den Aufbau eines schienengebundenen Nahverkehrs

Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen

Viele werden jetzt denken: Die Forderungen sind gut und schön. Aber wer soll das bezahlen? Schließlich stecken Bremerhaven und Bremen in einer Finanzkrise - wie zahlreiche Städte.

Doch diese Verschuldung hat Ursachen:

- Die Arbeitslosigkeit, die die öffentlichen Kassen belastet durch Steuerausfälle, und staatlichen Hilfen für die Arbeitslosen
- Die staatliche Umverteilungspolitik von unten nach oben durch Steuergeschenke und Subventionen für Unternehmen und Reiche

Außerdem verdienen sich die Banken an der Staatsverschuldung dumm und dämlich. Von 100 DM Steuergeldern, die wir zahlen, gehen 20 DM in Form von Zinsen an die Banken. Auch die Kommunen liefern einen Teil ihrer Gelder an die Banken ab. Für Bremerhaven bedeutet das zur Zeit: 281 Millionen DM Schulden der Stadt ziehen Zinszahlungen in Höhe von 21 Millionen DM nach sich.

Die Bundesregierung wälzt die Kosten ihrer Politik auf die Städte und Gemeinden ab. Die Stadtregierungen stöhnen zwar, wehren sich aber nicht, sondern geben die Lasten an ihre Bürgerinnen und Bürger weiter.

Wir weigern uns, uns an dieser Art der Lastenverteilung zu beteiligen. Denn **Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen.**

85 Milliardäre besitzen 249 Milliarden DM. Steuern auf große Erbschaften und Vermögen sowie großen Immobilienbesitz oder -transfer sind lächerlich niedrig. Kapitalflucht nach Luxemburg und Liechtenstein wird hingenommen - nach Schätzung sind dies 120 Milliarden DM jährlich.

Steuerprüfungen bei Großbetrieben sind so selten wie ein Lottogewinn, denn die Finanzämter sind in diesen Bereichen hoffnungslos unterbesetzt. 170 Milliarden DM im Jahr entgehen dem Staat dadurch (Einschätzung von Finanzdirektionen). Ein kompliziertes Steuersystem sorgt dafür, daß die einen mit Tricks und Steuerberatern alle Lücken nutzen, während wir brav blechen dürfen. 72 Prozent der gesamten Steuereinnahmen werden von der Masse der Bevölkerung in Form von Lohn- und Einkommens- sowie Mehrwert- und Mineralölsteuer aufgebracht. Die Mehrwertsteuer zahlt auch der Sozialhilfeempfänger, wenn er ein Brot kauft. Dagegen sinkt der Anteil der unternehmensbezogenen Steuern ständig.

Hinzu kommt: Den Konzernen werden Milliarden subventionen in den Rachen geworfen, ohne daß es eine öffentliche Kontrolle über die Verwendung gibt. 6,5 Milliarden DM sind an die DASA (Daimler-Benz) geflossen, und trotzdem gibt es keine Arbeitsplatzsicherheit. Jetzt will Daimler Tausende Arbeitsplätze bei DASA

abbauen und Werke schließen.

Umverteilt wird auch durch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, zu Lasten der öffentlichen Haushalte. So hat die Telekom früher 4-6 Milliarden DM an den Bundeshaushalt abgeführt, die jetzt im Zuge der Privatisierung in die Taschen von Siemens und anderen Konzernen fließen.

In Bremen führte der Verkauf von 49,9 Prozent der Stadtwerke dazu, daß mit den Gewinnen die Verluste der Verkehrsbetriebe nicht mehr abgedeckt werden können. Die Gewinne fließen jetzt in die Taschen der privaten Aktionäre. Obendrein müssen jetzt mehr Steuern nach Bonn abgeführt werden.

Die ganze Steuer- und Umverteilungspolitik leert systematisch die öffentlichen Kassen und macht die Reichen noch reicher, ohne daß daraus arbeitsplatzschaffende Investitionen folgen. Dafür blüht die Spekulation an den internationalen Finanzmärkten.

Wir treten für ein grundlegend anderes Steuersystem ein. Wir kämpfen für die Umverteilung der öffentlichen Gelder, für eine ausreichende Finanzausstattung der Gemeinden durch Neuaufteilung des Steueraufkommens.

Gegenwehr muß in den Kommunen beginnen

Die grundlegende Sanierung der öffentlichen Finanzen kann nur auf Bundes- und Landesebene durchgesetzt werden. Die Kommunen sitzen hier am kürzeren Hebel. Aber dennoch sind die Kommunen nicht hilflos. Sie können es ablehnen, den sozialen Kahlschlag umzusetzen. Dazu brauchen die Stadtregierungen allerdings Mut und Kampfgeist. Es ist nicht damit getan, ab und zu zu meutern und den schwarzen Peter nach Bonn weiterzuschieben. Die SAV beteiligt sich nicht an dieser Politik. Es muß darum gekämpft werden, die notwendigen Gelder beim Land und Bund locker zumachen. Diese können es sich sehr wohl von den Reichen wiederholen, wenn sie wollen.

Eine Voraussetzung für den Kampf um eine ausreichende Finanzausstattung der Gemeinden ist aber, daß sie an einem Strang ziehen und aufhören, sich mit der sogenannten "Standortpolitik" gegenseitig in die Enge zu treiben. Dieses Spiel leert nur die öffentliche Kassen und nützt ausschließlich den Unternehmern, die erschlossene Grundstücke und sonstige Vergünstigungen von den Gemeinden nachgeworfen bekommen.

Wir treten dafür ein, daß Bremerhaven die Initiative ergreift zum gemeinsamen Widerstand gegen Bonn. Widerstand heißt nicht, einen Protestbrief nach Bonn zu schreiben oder beim Kanzler untertänigst vorstellig zu werden, sondern: **Keinen Sparhaushalt mehr verabschieden,**

die notwendigen Ausgaben und Investitionen im Interesse der Bevölkerung ausweisen und die Deckung der Finanzlücke vom Land und Bund verlangen.

Für eine solche Politik kann die aktive Unterstützung der Bevölkerung gewonnen werden. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben die Sparpolitik auf ihrem Rücken ebenso satt wie die Bevölkerung. Wenn eine ganze Stadt mobilisiert wird, fällt es schwer, sich darüber hinweg zusetzen. Und ein solches Beispiel kann dann auch für andere Gemeinden Schule machen.

Daß Gelder von höheren Ebenen zu bekommen sind, zeigt die Vergangenheit. Bremerhaven ist bereits zweimal vom Land entschuldet worden. Das Land Bremen erhält Mittel vom Bund und der Europäischen Union mit dem ISP (Investitions-Sonder-Programm). Davon stehen für Bremerhaven bis 1998 rund 1,8 Milliarden DM bereit.

Doch so, wie die ISP-Sondermittel jetzt bereitstehen, hat die Sache einen gewaltigen Haken: die Gelder fließen nur dann, wenn ein umfassendes Sparprogramm auf Kosten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Bevölkerung umgesetzt wird. Gelder für Investitionen fließen nur zugunsten der Unternehmer im Land – Beispiel Ocean-Park – aber nicht zugunsten der Bevölkerung.

Die 1,8 Milliarden müssen für sinnvolle Investitionen und soziale Ausgaben verwendet werden, wie wir sie in diesem Programm vorgestellt haben. Die SAV kämpft daher für eine Umwidmung des ISP zugunsten sozialer und arbeitsplatzschaffender Maßnahmen und macht entsprechenden Druck auf die SPD.

Auch in Bremerhaven selbst lassen sich manche Mittel einsparen, angefangen von Politiker-Reisen über die Gehälter der Spitzenbeamten und Aufsichtsräte in kommunalen Unternehmen bis hin zu Repräsentationskosten. Vor allem aber direkte und indirekte Steuergeschenke an Private, wie die 30 Millionen für die Renovierung der Stadthalle und deren anschließende Verpachtung an private Betreiber.

Wir fordern:

- **Schluß mit den Sparhaushalten und Steuergeschenken an Private und Unternehmer**
- **Umwidmung der 1,8 Milliarden DM aus dem ISP zugunsten sozialer und arbeitsplatzschaffender Maßnahmen**
- **Kürzung der kommunalen Spitzegehälter und Repräsentationskosten**
- **Zusammenarbeit mit ÖTV, Personalräten und Vertrauensleuten im öffentlichen Dienst zur Durchsetzung dieser Politik**
- **Mobilisierung der Bevölkerung im Kampf um eine ausreichende Finanzausstattung von Land und Bund**

Was wir unter Sozialismus verstehen

Der Widerstand gegen die Sozialkürzungen ist nur der erste Schritt. Das ganze System muß verändert werden.

Wenn die Unternehmer sagen, der Konkurrenzkampf zwingt sie zum Abbau von Arbeitsplätzen, dann spricht das nicht für Arbeitsplatzvernichtung, sondern gegen das Konkurrenzsystem. Wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln den Menschen zunehmend die Existenzgrundlage – Arbeit und gesunde Umwelt – entzieht, dann muß das Privateigentum in Gemeineigentum überführt werden. Unser Ziel ist eine sozialistische Demokratie, in der die Betriebe in öffentliches Eigentum überführt sind und nicht das Profitstreben Einzelner entscheidet. In einer sozialistischen Gesellschaft bestimmen die arbeitenden Menschen, was und wie produziert wird. Die Wirtschaft wird demokratisch nach den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt geplant.

In der Geschichte hat es kein sozialistisches Land gegeben. Die SAV hat die stalinistisch-bürokratischen Diktaturen in der DDR und in der Sowjetunion abgelehnt. Die Wirtschaft dort wurde von der privilegierten Bürokratie erstickt, die Gesellschaften sind an ihren inneren Widersprüchen zusammengebrochen. Das Problem war aber nicht der Mangel an Kapitalismus, sondern der Mangel an Demokratie.

Wir wollen weder die Diktatur des Marktes noch die einer elitären Bürokratie. Im Sozialismus entscheiden die Menschen selber und demokratisch ihre Angelegenheiten in der Schule, im Betrieb, am Wohnort. Es wird nicht mehr gefragt "Was bringt Profit?", sondern "Was brauchen wir?", "Was ist sinnvoll?". Wenn Wohnungen gebraucht werden, werden Wohnungen gebaut. Technischer Fortschritt wird nicht mehr dazu genutzt, die einen arbeitslos zu machen und die Arbeitshetze für die anderen zu erhöhen, sondern für Arbeitszeitverkürzung und Verbesserung des Lebensstandards.

Solche eine Gesellschaft kann nicht in einem einzelnen Land aufgebaut werden, der Sozialismus muß international erkämpft werden. Die SAV hat sich mit Sozialisten aus über 20 Ländern zum Komitee für eine Arbeiternehmerinternationale (KAI) zusammengeschlossen. Banken und Konzerne organisieren sich international - Wir auch!

Wir fordern:

- **Überführung der Banken, Großkonzerne und Versicherungen in Gemeineigentum und demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung, z. B. durch gewählte Vertreter der Belegschaften, der Gewerkschaften und des Staates zu je einem Drittel in die Leitungsgremien**
- **Demokratische Wahl und jederzeitige Möglichkeit zur Abwahl der Leitungsgremien in Wirtschaft und Staat**

- **Kein Funktionär darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn bekommen**
- **Demokratische Planung der Wirtschaft entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen**

Politiker zocken ab

Warum scheren sich Politiker so wenig um die Belange der normalen Menschen? Weil sie in einer anderen Welt leben. 18.000 DM monatlich bekommt ein Bremer Senator. Weil CDU-Senator Ulrich Nölle als Sparkassenchef vorher das Doppelte verdient hat, soll ihm die Sparkasse Bremen 720.000 DM Abfindung zahlen.

840 DM Ehrensold bekommen die "Stadtältesten" lebenslang als Taschengeld. Ein Sozialhilfeempfänger muß von 526 DM sein Leben bestreiten. Die Politiker können und wollen unsere Probleme nicht verstehen.

Die SAV tritt für den gläsernen Abgeordneten ein.

Wir fordern:

- Offenlegung aller Politiker-Einkünfte

- Keine Privilegien: einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für Abgeordnete, hauptamtliche Stadträte und Senatoren

Für uns selbst und die SAV-Kandidaten haben wir dies verbindlich in Programm und Statut festgeschrieben. Außerdem verpflichten sich unsere Kandidaten, sich jederzeit von ihrer Basis abwählen zu lassen, so daß eine Kontrolle und Rechenschaftspflicht erleichtert wird.

Diese Maßnahmen sind ein wirksamer Riegel, um soziales Abheben und Entschweben in die "höhere Politik" zu verhindern. Nur wer so lebt wie wir, kann auch unsere Interessen vertreten.

Unser Verhältnis zu anderen Parteien

Zu bestimmten Parteien haben wir gar kein Verhältnis. Die DVU und andere Nazi-Parteien bekämpfen wir aktiv. CDU und FDP vertreten die Interessen der Großunternehmer, der Banken und der Reichen in dieser Gesellschaft. Wir lehnen jegliche Zusammenarbeit mit ihnen ab und fordern auch die SPD auf, mit der Großen Koalition zu brechen.

Die AfB organisiert die Sparkassendirektoren und abgehalfterten ex-sozialdemokratischen Politiker. Dreist stellen sie sich als neue Partei dar, obwohl ihre Politiker jahrzehntlang an der Spitze der Stadtregierung standen. In ihrem "Programm" zeigen sie sich besorgt über die Nöte von Arbeitnehmerfamilien. Gleichwohl propagieren sie härtere Sparmaßnahmen zu unseren Lasten. Auch diese "Sanierer" ihrer eigenen Portemonnaies bekämpfen wir.

Bündnis 90/Die Grünen haben vor allem die Umweltfragen auf die politische Tagesordnung gesetzt. Allerdings haben sie auch in ihren besten Zeiten nie einen Draht zu Arbeitnehmern und sozial Benachteiligten gehabt. Nicht wenige ihrer ökologischen Vorschläge gehen zu unseren Lasten. Denn Öko-Steuern von der Masse einzutreiben ist leichter, als sich mit den Mächtigen für eine umweltfreundliche Politik anzulegen.

Inzwischen sind auch die Grünen angepaßt und streben vor allem die Teilhabe an der politischen Macht an. Sie betonen zwar ihr soziales Gewissen, sind aber zu Sozialkürzungen bereit. Sie haben als erste den Verkauf von GEWOBA-Anteilen vorgeschlagen und in der Bremer Ampel-Koalition den Sozialabbau mitgetragen.

Die SPD ist gegründet worden und angetreten für sozialen Fortschritt, für eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft, für demokratischen Sozialismus. Doch davon ist sie heute weiter entfernt denn je.

Filz, Zusammenarbeit mit der CDU, Sozialabbau und Sparpolitik – die SPD tut das Gegenteil von dem, was in ihren Programmen steht. Viele SAV-Mitglieder waren lange Jahre aktive Mitglieder oder Wähler der SPD. Wir haben den arbeitnehmerfeindlichen Kurs der SPD-Führung bekämpft. Die SPD-Politik orientiert sich nicht mehr an den Interessen der "kleinen Leute".

Die SPD ist innerlich ausgehöhlt. Wir können unsere Energien nicht mehr im innerparteilichen Grabenkampf gegen die Funktionärselite verschleifen. Wir verstehen uns in den besten Traditionen der Arbeiterbewegung, die wir mit SAV weiterführen wollen.

Wir wissen, daß viele einfache SPD-Mitglieder und SPD-Wähler mit der Politik der SPD nicht einverstanden sind. Mit ihnen suchen wir die Zusammenarbeit und fordern sie zum Widerstand und Bruch mit der rechten Politik ihrer Partei auf. Sofern SPD oder auch Grüne bereit sind, gegen die Kürzungspolitik zu kämpfen, werden wir sie dabei unterstützen.

Vor allem suchen wir die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Denn die Masse der Arbeitnehmer ist die Kraft, die diese Gesellschaft verändern kann. Arbeitnehmer, Arbeitslose, Jugendliche – wenn wir gemeinsam kämpfen, sind Millionen stärker als Millionäre. Dieser Kampf kann sich nicht auf das Parlament beschränken, sondern muß vor allem in den Stadtteilen und den Betrieben geführt werden.

Die SAV tritt an, dazu einen Beitrag zu leisten. In Anbetracht der gesellschaftlichen Probleme und der Misere vor allem der SPD halten wir es für nötig, eine neue sozialistische Organisation aufzubauen, die ohne Wenn und Aber für die Interessen der Masse der arbeitenden Bevölkerung eintritt. Dabei wollen wir nicht stellvertretend und über die Köpfe hinweg tätig werden, sondern gemeinsam mit allen, die zum Kampf um eine lebenswerte Zukunft bereit sind.

Jeder kann und soll mitmachen!

Wenn wir uns zusammenschließen, können wir gegen die Reichen und Mächtigen ankommen. Beispiel: Shell-Boycott gegen die Brent-Spar-Versenkung.

Millionen sind stärker als Millionäre!

- Ich möchte weitere Informationen über die SAV
- Ich möchte Mitglied der SAV werden

Name

Adresse

Ort

Telefon